

Tradierung im Feld der NS-»Euthanasie«

Probleme der gedenkpolitischen Arbeit durch Angehörige

Andreas Hechler

Im Oktober 2018 war ich auf Einladung des Bundesverbands Information und Beratung für NS-Verfolgte in Köln auf einer Konferenz mit Nachkommen von Verfolgten des Nationalsozialismus, der die Anerkennung der erinnerungs- und gedenkpolitischen Arbeit eben dieser Gruppe zum Thema hatte. Ich hatte den Eindruck, nicht viel sagen zu können und war deswegen etwas widerwillig. Meine Antwort erschöpft sich im Kern in einem Satz, nämlich: »Es gibt kaum Nachkommen von NS-»Euthanasie«-Verfolgten, die gedenkpolitische Arbeit machen, die anerkannt werden könnte und müsste«.

Dass es diesen desolaten Zustand gibt, hat jedoch Gründe, die mich seitdem viel beschäftigt haben. Die Ergebnisse dieses Reflexionsprozesses möchte ich im Folgenden ausführen. Alle Gründe haben zentral mit Ableismus (englisch: ableism) zu tun, also der Einteilung von Menschen anhand ihrer Fähigkeiten in »behindert« und »krank« auf der einen Seite oder »normal« und »gesund« auf der anderen Seite.¹

Ich frage im Folgenden, warum es 1) so wenige Nachkommen gibt, 2) warum sich von diesen nur wenige engagieren, 3) warum diese wiederum so wenig Aufmerksamkeit erhalten, gehe 4) auf Problemlagen ein, die mit Ableismus zu tun haben und skizziere 5) einige Aspekte, die es für eine gedenkpolitische Arbeit von Angehörigen bräuchte.

1) Warum gibt es so wenige Nachkommen?

Viele NS-»Euthanasie«-Opfer wurden von den Nazis ermordet, bevor sie Kinder hatten. Dementsprechend gibt es von ihnen keine Nachkommen, die tradieren könnten. Das

1 Ableismus ist der »Begriff für die Reduzierung von Menschen auf ihren – nicht/behinderten – Körper. Ability bedeutet Fähigkeit und Ableism die einseitige Fokussierung auf körperliche und geistige Fähigkeiten einer Person und ihre essentialisierende Be- und Verurteilung, je nach Ausprägung ihrer Fähigkeiten« (vgl. Maskos 2010, S. 31). Dabei bezeichnet »Behindertenfeindlichkeit« [...] bloß eine Facette dieses Denkens, das keineswegs immer als »Feindlichkeit« daherkommt« (ebd., S. 30). Mit dem Fokus auf Fähigkeiten wird der Blick weg von »den Behinderten« auf Nicht-Behinderung einerseits und Kategorisierungsprozesse andererseits gelegt.

gleiche gilt für die Zwangssterilisierten, die aufgrund ihrer spezifischen Verfolgung und der an ihnen durchgeführten Maßnahmen, die die Nicht-Reproduktion als Zielsetzung hatte, keine Kinder haben, die das Leben ihrer Eltern oder Großeltern bezeugen könnten.

Die Kinder, Enkel*innen² und Urenkel*innen, die es gibt, verstehen sich hingegen in den seltensten Fällen als »Nachkommen« oder »Angehörige« eines NS-»Euthanasie«-Opfers. Die Nazis haben einen großen Apparat zur Verschleierung der Mordaktionen errichtet, also Sonderstandesämter, gefälschte Todesursachen und Sterbedaten, häufige Verlegungen, weit weg von der Familie, Tarnnamen der Ärzte etc. und haben die Familien umfassend angelogen.³

Auch nach dem Ende des Nationalsozialismus wurde es Angehörigen schwer gemacht, sich als solche zu begreifen. Die Umstände des Sterbens in den Anstalten verschwammen: Nicht nur wurde Schuld gelegnet und Verantwortung zurückgewiesen, auch der Tatbestand als solcher verlor sich im Ungefähren und wurde aktiv vergessen. Somit fehlte es an der Voraussetzung, nach dem weiteren Schicksal der Ermordeten, der Überlebenden und der Angehörigen der Opfer zu fragen.⁴ Vor diesem Hintergrund muss davon ausgegangen werden, dass viele Familienangehörige tatsächlich nicht wissen, dass ihre Angehörigen ermordet wurden. Bei anderen muss man davon ausgehen, dass sie es nicht wissen wollen.⁵ Die Verdrängung aus den eigenen Familienerinnerungen ist ein häufiges Spezifikum für die Opfer der NS-»Euthanasie«. ⁶ Mischformen sind denkbar, also es nicht so genau wissen wollen, und es dann tatsächlich nicht so genau wissen.

Der zentrale Grund für die innerfamiliären Schweigegebote und die Verleugnung der ermordeten Familienangehörigen sind die Kontinuitäten des Ableismus. Zum einen lebt die gesellschaftliche Stigmatisierung behinderter und psychiatrisierter Menschen fort, zum anderen kann es auch in Familienzusammenhängen überaus komplizierte psychische Konstellationen mit Schuld- und Schamdynamiken geben, wenn beispielsweise die ermordete Tante »weggegeben« wurde oder der »anstrengende« Großvater irgendwann nicht mehr besucht wurde. Diese Gefühle dürften noch gesteigert auftreten, wenn die*der ermordete Familienangehörige Diagnosen hatte, die auch heutzutage anrühlich klingen – »gemeingefährliche Irre«, »krimineller Geisteskranker« – oder die Zwangssterilisation aufgrund von Anklagen wie »Vergewaltigung«, »Diebstahl«, »Betrug« u.ä. durchgeführt wurde. Wer dies nach außen kommuniziert, muss damit rechnen, von seinem Gegenüber skeptisch(er) angesehen zu werden.

2 In diesem Beitrag wird zur Sichtbarmachung von Körpern, Identitäten und Ausdrucksweisen, die in der zweigeschlechtlichen Ordnung nicht aufgehen und/oder diese ablehnen, das Sternchen verwendet. Bei (neo)nazistischen Personenkreisen wird hingegen ein großes »I« verwendet, zeichnen sich diese doch durch eine extrem gewalttätige Ausprägung hierarchisierter Zweigeschlechtlichkeit aus. Wenn es sich nur um Männer handelt, schreibe ich in der männlichen Form.

3 Vgl. Lilienthal 2008.

4 Vgl. Hechler/Schneider 2023.

5 Vgl. Aly 2013, S. 33.

6 Vgl. Westermann 2011, S. 231f.

Die beschriebene Gemengelage aus Ableismus, Stigmatisierung, Schuld und Scham kann zu einer innerfamiliären Tabuisierung führen, und tut es häufig auch. Im Ergebnis geht ganz real Wissen von Generation zu Generation verloren und ein Selbstverständnis als »angehörig« oder »Nachkomme« unterbleibt. Dazu kommt, dass es im gesamten deutschen Bildungssystem keinerlei Angebote für Nachfahr*innen von NS-Opfern oder auch nur einen Hinweis darauf gibt. Ich habe beispielsweise in meiner gesamten Bildungsbio-graphie nicht einmal auch nur eine Anregung dafür erhalten, darüber nachzudenken, ob es in meiner Familie NS-Opfer gibt. Und selbst wenn jemand einen Anfangsverdacht hat und recherchieren möchte – es gibt bis heute kein Register der NS-»Euthanasie«-Opfer und es ist aufwändig bis unmöglich, belastbare Informationen zu erhalten.

2) Warum engagieren sich so wenige Nachkommen?

Wer sich als Nachkomme engagiert, muss damit rechnen, Gegenwind zu bekommen. Meine Großmutter beispielsweise wurde aufgrund ihres Engagements auf verschiedenen Ebenen angegriffen. Die Folgen waren Erschöpfung, Entmutigung, Rückzug und zeitweise Flucht aus ihrer Heimatregion, weil sie es dort nicht mehr aushielt.⁷

Niemand hat Lust auf Stigmatisierung und Angriffe. Und man hat es mit einer gesellschaftlich hoch anerkannten und mächtigen Gegnerin zu tun – sich mit der Medizin anzulegen, geht selten gut für eine*n aus, und Neonazis zu bekämpfen ist auch eher unerquicklich.

Es ist zudem schwer, sich zu engagieren, wenn es wenig gesellschaftliches Interesse gibt. Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Interesse und der Möglichkeit, historische und familiäre Zusammenhänge erarbeiten zu können. Ist die gesellschaftliche Dethematisierung groß und fehlt es an (Wissens-)Ressourcen, ist es äußerst anstrengend, den Implikationen der eigenen Familiengeschichte auf den Grund zu gehen. In »zahllosen medizinischen Institutionen [wurde] die Erinnerung an die NS-Taten abgewehrt, Rolle und Funktion der Einrichtung beschönigt, das Tat-handeln klein geredet.«⁸ In Gerichtsprozessen der 1950er und 60er Jahre wurden die Perspektiven der Ermordeten und ihrer Angehörigen zumeist ignoriert, stattdessen gab es Solidaritätsbekundungen für die TäterInnen. Das ableistische Ideologem eines »lebensunwerten Lebens« behinderter und psychiatrisierter Menschen prägte noch über Jahrzehnte hinweg gesellschaftliche Diskurse.⁹ Erst, als die Krüppel*innenbewegung in

7 Vgl. Hechler 2015, S. 182.

8 Schneider 2021a, S. 8.

9 Vgl. Schneider 2021a, S. 7f.

den 1980er Jahren auf den Plan trat und sich die gesellschaftliche Stimmung merklich verschob, traten in den Verfahren Familienangehörige als Nebenkläger*innen auf.

Die Jahrzehnte währende allenfalls marginale Thematisierung hat auch zur Folge, dass es den NS-»Euthanasie«-Opfern und Zwangssterilisierten wie auch Folgegenerationen an einer Sprache mangelt. Communities und Bewegungen bilden sich nicht zuletzt anhand bestimmter Begrifflichkeiten heraus oder sie erschaffen sich eine Sprache, die ihre Wirklichkeit besser abbildet als die vorherrschende. Es gibt keinen Begriff wie »Shoah«, »Holocaust«, »Dschelto Ziro«, »Samuradipen« oder »Porajmos«¹⁰, der die medizinischen Verbrechen und ihre Opfer auf einen Begriff bringt, der nicht der TäterInnensprache entspringt. Ich habe kein Wort hierfür.

Ich habe auch schon Angehörige getroffen, die sich selbst als stark traumatisiert beschrieben haben und die nicht die Energie aufbringen können, Formen des Engagements in diesem Themenfeld zu entfalten. Die Weitergabe transgenerationaler Traumata ist mittlerweile bekannter, auch wenn es für das Themenfeld NS-»Euthanasie« kaum Forschung dazu gibt.

Gegen die bisher angeführten Punkte könnte man sich organisieren, gegenseitig empowern und kämpfen. Es hat in der Vergangenheit auch Organisationen gegeben, die genau das getan haben, aber diese gibt es nicht mehr, da sie entweder aktiv bekämpft wurden oder aber ihre Notwendigkeit nicht gesehen wurde und wird. Nachkommen haben dementsprechend keine Anlaufstelle. Sie können auf nichts aufbauen, können sich nicht vernetzen, keine Beratung einholen oder irgendwie sinnvoll politisch agieren. Es gibt im Feld der NS-»Euthanasie« und Zwangssterilisation ein organisationales Loch, das man sich für andere NS-Opfergruppen nur schwer vorstellen kann.

Seit Ende der 1940er Jahre gab es Zusammenschlüsse von Opfern der Zwangssterilisationen, die allesamt nur wenige Jahre währten.¹¹ Diese ersten Versuche einer Organisation wurden meines Wissens nach erst wieder nach über 30 Jahren aufgegriffen. 1987 gründete sich der BEZ, der Bund der »Euthanasie«-Geschädigten und Zwangssterilisierten, der zeitweise über 1.000 Mitglieder und mehrere Ortsgruppen hatte, politische Forderungen erhob und Peer Support anbot. Der Umgang der Behörden mit dem BEZ stand von Beginn an unter ableistischen Vorzeichen. Im Gegensatz zu allen anderen NS-Opfer-Organisationen wurde der BEZ nicht vom Bundesfinanzministerium gefördert, sondern in bescheidenem Umfang vom Bundesgesundheitsministerium. Auf der Grundlage von Gutachten ehemaliger NS-Ärzte, die von der Regierung als »Sachverständige« gefragt wurden, waren die Mitglieder des BEZ von den Leistungen des BEG, also des Bundesentschädigungsgesetzes für NS-Verfolgte, ausgeschlossen. Grundlage der Finanzierung war nicht die politische Selbstorganisation Betroffener

10 Auf Romanes, der Sprache der Rom*nja und Sinti*zze, meint Dschelto Ziro »die gelbe Zeit«, was auf die braunen Uniformen der Nazis einerseits, auf die gelben Sterne, die Juden_Jüdinnen tragen mussten, andererseits anspielt. Samuradipen meint »großes Sterben« und Porajmos bedeutet »das Verschlingen« (Gespräche am 28.11.2021 mit Amdrita Jakupi und Manja Schuecker-Weiss).

11 Vgl. ausführlicher hierzu: Hechler i. E.

und ihr Kampf um Anerkennung und Rechte, sondern der Nachweis gesundheitsfördernder Maßnahmen, um die Behinderungen und Folgeschäden der NS-Maßnahmen auszugleichen. Die Förderung war ein Mittel der Disziplinierung, da sie den BEZ zwang, »seine Aktivitäten als gesundheitliche Selbsthilfe und Prävention zu definieren statt als Kampf um die Anerkennung staatlichen Unrechts«. ¹² In dieser Hinsicht wurde »der Vereinszweck des BEZ [...] von außen medikalisiert, individualisiert und entpolitisiert«. ¹³ 2009 wurde seitens des Bundesgesundheitsministeriums eine Kaskade an Drohungen und exzessive Gängelung durch Bürokratisierung lanciert, die eine Auflösung des BEZ nötig machten. Heutzutage existiert nur noch die Arbeitsgemeinschaft BEZ ohne Finanzierung, die nicht die Kapazitäten besitzt, eine Anlaufstelle für Angehörige zu sein. Summa summarum gibt es keine Organisation oder Anlaufstelle für Nachkommen, zumindest keine, die mir bekannt ist.

Es gibt weitere Aspekte, die ein Engagement erschweren. Die Gruppe der Nachkommen ist heterogen, sie haben nicht unbedingt viele Gemeinsamkeiten bis auf die Tatsache, dass jemand aus ihrer Familie ermordet oder zwangssterilisiert wurde. Dabei sind die jeweiligen Vorfahr*innen, Familien, Fälle und politischen Interessen der Nachkommen recht unterschiedlich. Ich habe solche und solche bisher kennengelernt – manche toll, mit anderen hatte ich meine Schwierigkeiten und diese mit mir. All dies erschwert eine politische Organisation; selbst das Herausbilden einer Community scheint mir kompliziert zu sein.

Etwaige Community-Building-Prozesse werden auch dadurch erschwert, dass positive Identifizierungsprozesse kaum gelingen. Psychiatererfahrene sind weniger sichtbar als manch andere diskriminierte Gruppe, »mad pride« hat nie den Bekanntheitsgrad erreicht wie beispielsweise »gay pride«, »Black power« oder Feminismus. Dies hat auch damit zu tun, dass Menschen in Psychiatrien oder die behindert werden nicht als Gruppe jenseits ihrer Diskriminierungswiderfahrnisse ¹⁴ existieren. Und es ist ein vergleichsweise großer Schritt, sich als (nichtbehinderter) Nachkomme dazu ins Verhältnis zu setzen. Folgerichtig finden Folgegenerationen aufgrund von mangelnder gesellschaftlicher Sichtbarkeit des Themas und fehlender verbindender Momente keinen Referenzrahmen, sofern sie sich überhaupt als »angehörig« verstehen.

Was ich derzeit von einigen Angehörigen mitbekomme, ist, dass diese mehr oder weniger auf eigene Faust zu ihrer Familiengeschichte recherchieren und sich diese erschließen. Zugleich gibt es einige wenige, die da recht weit sind und an Schulen gehen, Workshops durchführen oder Bücher schreiben, aber das ist sehr sporadisch und es sind individuelle Initiativen. Die meisten Nachkommen von NS-»Euthanasie«-Opfern enga-

¹² Braun 2017, S. 221.

¹³ Ebda, S. 220.

¹⁴ Erfahrungen haben etwas mit den Kontinuitäten des Lebens zu tun und sind mit positiven Assoziationen konnotiert. Der Begriff der »Widerfahrnis« baut semantisch auf dem Begriff der »Erfahrung« auf, benennt durch das »wider« hingegen deutlich, dass es sich um diskontinuierliche Ereignisse handelt, die sich gegen Personen richten und für sie negativ und schädigend sind (vgl. Hechler 2017).

gieren sich nicht. Sie wissen nicht um ihre Familiengeschichte, fürchten das offensive Desinteresse, mangelnde Anerkennung, ableistische Aggressionen und Stigmatisierung, sehen keinen Sinn in einem solchen Engagement oder haben schlichtweg keine Zeit.

3) Warum bekommen die, die sich engagieren, so wenig Aufmerksamkeit?

Jörg Waßmer, Angehöriger eines Opfers der NS-»Euthanasie«, schreibt auf Gedenkort T4: »Kürzlich schrieb ich für die Online-Enzyklopädie Wikipedia einen Artikel über Alois. Der kurze Text enthielt die wichtigsten Informationen zu seinem Leben und zum posthumen Gedenken. Meinen Beitrag verlinkte ich zu dem Artikel über seine Heimatstadt Herbolzheim-Bleichheim, sodass sein Name dort in der Rubrik ›Söhne und Töchter der Stadt‹ auftauchte. Dies zu sehen, rührte mich beinahe zu Tränen. Für mich symbolisierte es, dass sich die Stadt zu ihm bekennt, auch wenn er keine berühmte Persönlichkeit war. Nur Stunden später hatte jemand einen Löschantrag gestellt und es begann eine Diskussion um die Relevanz meines Artikels. Jemand schrieb: ›So tragisch seine Ermordung durch die Nationalsozialisten auch ist, eine enzyklopädische Bedeutung kann ich in der Person nicht erkennen‹. Jemand anderes entgegnete: ›Man sollte ihn nicht nochmal aus dem Leben drängen‹. Nach einer Woche erfolgte schließlich die Löschung des Artikels.«¹⁵

Waßmer schildert in seinem Beitrag beispielhaft den Umgang in Deutschland mit NS-»Euthanasie«-Opfern, aber auch mit Angehörigen. Erstere wurden ermordet und werden bis heute aus dem kollektiven Gedächtnis gelöscht. Die Logik, die in der Wikipedia zur Anwendung kommt – die »enzyklopädische Bedeutung« – trifft auf fast alle NS-»Euthanasie«-Opfer und Zwangssterilisierten zu. Angehörige wiederum werden durch Ableismus und verweigerte Anerkennung demotiviert.

Es gibt mehrere Faktoren, die der Erinnerung an die NS-»Euthanasie« entgegenwirken und die »einen konstruktiven Umgang mit [NS-»Euthanasie«] erschweren: Erstens die Fehlannahme, dass das Euthanasieprogramm tatsächlich auf humanitären Gesichtspunkten basierte; zweitens die Tendenz, Behinderung ausschließlich als Defizit wahrzunehmen; drittens die Weigerung, gewisse Kontinuitäten der Marginalisierung von Behinderten anzuerkennen; und schließlich das Widerstreben, sich persönlich mit dem Thema Behinderung und Geisteskrankheit auseinanderzusetzen.«¹⁶ Erst, wer sich selbst grundlegend mit eigenen ableistischen Vorstellungen, Stereotypen und Bildern konfrontiert und einem etwaigen Unbehagen gegenüber behinderten Menschen aus-

15 Waßmer 2017, o.S.

16 Knittel 2009, o. S.

einandergesetzt hat, wird auch den Opfern der NS-»Euthanasie« und Zwangssterilisation angemessen gedenken und ihren Nachkommen entsprechende Aufmerksamkeit zukommen lassen können.¹⁷

Dazu kommt, dass die NS-»Euthanasie«-Opfer und Zwangssterilisierten von der bundesdeutschen Politik benachteiligt und nachrangig behandelt wurden und werden. Diese diskriminierende Praxis zeigt sich auch im Umgang mit Folgegenerationen.

4) Was sind darüber hinaus Probleme, die (auch) mit Ableismus zu tun haben?

Ein bedeutendes Moment der seit mehreren Jahrzehnten in der Bundesrepublik vorherrschenden Diskursformation über den Nationalsozialismus basiert ganz maßgeblich auf Zeitzeug*innenschaft und Erfahrungsberichten. Überlebende und ihre Erzählungen sind wichtige Aspekte des Lehrens und Lernens über den Nationalsozialismus und einer antifaschistischen Erinnerungs- und Gedenkpolitik. Diese Verengung auf Überlebende und Oral History bringt bestimmte Problemlagen mit sich und hat für das Themenfeld Behinderung einige Besonderheiten.

Sehr viele Menschen wurden im Rahmen der NS-»Euthanasie« ermordet und können kein Zeugnis über ihr Leben ablegen. Wenn überhaupt, sind häufig TäterInnenakten die einzigen Informationsquellen über ihre Leben. Und auch diese wie andere Spuren der Verbrechen wurden häufig schon von den Nazis selbst vernichtet bzw. jahrzehntelang unzureichend archiviert.¹⁸

Es gibt Überlebende der NS-»Euthanasie« und diese hätten zu kompetenten Sprecher*innen über einen historischen Sachverhalt werden können. Diese Sprechposition war hingegen in der postnationalsozialistischen Gesellschaft nicht vorgesehen: »Überlebende der Anstaltsmorde, die sich kurz nach dem Krieg zu Wort meldeten oder vernommen wurden, wurden bis auf sehr wenige Ausnahmen weder in öffentlichen Hauptverfahren gehört noch danach um schriftliche oder mündliche Darstellungen gebeten«.¹⁹ Dieses offensive Desinteresse betraf nicht nur juristische Verfahren, sondern galt gesamtgesellschaftlich.

Erschwerend kommt hinzu, dass viele Überlebende der NS-»Euthanasie« und Betroffene von Zwangssterilisationen in der Regel aufgrund von Armut, Beeinträchtigung oder anderer sozialer Benachteiligung keinen Zugang zu Kulturtechniken wie dem Schreiben oder Veröffentlichen von Memoiren oder einem anderen öffentlichen

17 Vgl. Schneider 2021a.

18 Vgl. etwa Westerholz 2011; Aly 2013, S. 193.

19 Schneider 2021c.

Auftreten als Überlebende hatten. »Menschen mit Lernschwierigkeiten galten oft als ›nicht bildungsfähig‹ und bekamen in ihrem Leben nie die Möglichkeit, schreiben zu lernen.«²⁰ Manche konnten auch aufgrund einer Beeinträchtigung ganz real nicht sprechen oder schreiben.²¹

Diejenigen, die nach 1945 in Heimen und Kliniken gelebt haben, hatten dort aufgrund des Isolationscharakters dieser Einrichtungen kaum Möglichkeiten, Zeugnis abzulegen und eine Öffentlichkeit zu erreichen. Vermutlich sind viele Überlebende in Heimen gestorben, von denen wir nichts wissen und auch nie erfahren werden.

Diejenigen Überlebenden, die es nach 1945 aus der Einrichtung nach draußen geschafft hatten, lebten in aller Regel in der Anonymität und haben die Widerfahrnisse in ihrer Vergangenheit verschwiegen: »Menschen, die als psychisch krank oder geistig eingeschränkt galten, durften nicht darauf hoffen, dass ihre Erzählungen interessieren, aber nicht nur deshalb, weil das Erzählte in den Ohren der Kinder des Wirtschaftswunders unglaublich klang, sondern weil jedes ihrer Worte unter dem Vorbehalt einer Diagnose stand.«²² Hätten sie öffentlich gesprochen, wäre ihr Anstaltsaufenthalt für alle sichtbar geworden. Dies hätte nicht nur ihre Glaubwürdigkeit fundamental untergraben, sondern möglicherweise auch ihr seitdem aufgebautes Leben zerstört.²³

5) Was bräuchte es für eine gedenkpolitische Arbeit von Angehörigen?

Im Feld der NS-«Euthanasie» ist so viel Arbeit im Vorfeld nötig, bevor überhaupt auch nur über die Frage der gedenkpolitischen Arbeit von Angehörigen nachgedacht werden kann. Ich habe dennoch eine kleine Wunschliste, die alles etwas einfacher machen würde:

- Umfassende Berichterstattung, um in der deutschen Bevölkerung ein Wissen über die Nachkommen von NS-Opfern generell und der NS-»Euthanasie«-Opfer und Zwangssterilisierten im Besonderen zu verankern. Hierzu gehört auch eine zielgruppenspezifische Ansprache mit den Medien, die die jeweiligen Alterskohorten nutzen.
- Anerkennung, dass die Folgen bis heute wirkmächtig sind.
- Implementierung in Curricula in Schule und Ausbildung, in denen die Kontinuitäten des Ableismus und persönliches Lernen im Vordergrund stehen.
- Aufbau von wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen und Lobbyorganisationen.

20 Maskos 2021, S. 106.

21 Knittel 2009, o.S.

22 Schneider 2021b.

23 Vgl. Schneider 2021a, S. 9.

- Aufhebung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (und aller anderen Nazigesetze, die nach wie vor im bundesdeutschen Recht ihr Unwesen treiben).
- Gleichstellung mit anderen NS-Verfolgten Gruppen (Einstufung als »Verfolgte«, nicht als »Opfer«).
- Kennzeichnung der Gräberfelder und Anstaltsfriedhöfe, in denen NS-»Euthanasie«-Opfer begraben sind.
- Moratorium und ernsthafte Debatte über Sterbehilfe, Pränatal- und Präimplantationsdiagnostik.
- Für die Angehörigen²⁴ bräuchte es spezifische Angebote der Beratung, des Empowerments (u.a. gegen eugenische Ideologie) und psychosoziale Unterstützung, einfache Recherchemöglichkeiten, umfangreiche Förderung und Unterstützung für Organisierung und Begegnungszentren, Einbindung mit realer Macht in deutsche Erinnerungs- und Gedenkpolitik und nicht zuletzt angemessene Entschädigungszahlungen.

All das lässt sich nicht von größeren gesellschaftlichen Fragen trennen: Ableismus, Kapitalismus, Neonazismus. So lange es diese äußeren Umstände gibt, wird die Anerkennung der gedenkpolitischen Arbeit von Nachkommen von NS-Verfolgten immer schwierig bleiben.

Anders formuliert: Die Anerkennung der Erinnerungsarbeit von Nachkommen benötigt eine Gesellschaft, die die Ursachen des Nationalsozialismus beseitigt hat – das ist untrennbar miteinander verbunden. Wobei auch im Hier und Jetzt die Anerkennung der gedenkpolitischen Arbeit von Nachkommen besser funktionieren könnte.

Literatur

Aly, Götz (2013): Die Belasteten. »Euthanasie« 1939-1945. Eine Gesellschaftsgeschichte. Frankfurt/Main: Fischer.

Braun, Kathrin (2017): »Ob es tatsächlich dazu kommt, ist nach wie vor offen und bleibt abzuwarten.« Der Kampf des BEZ um die Anerkennung der »Euthanasie«-Geschädigten und Zwangssterilisierten als Verfolgte des Nationalsozialismus und die Antworten der Politik. In: Hamm, Margret (Hg.), Ausgegrenzt! Warum? Zwangssterilisierte und Geschädigte der NS-»Euthanasie« in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Metropol Verlag, S. 199-221.

Hechler, Andreas (2015): Diagnosen von Gewicht. Innerfamiliäre Folgen der Ermordung meiner als »lebensunwert« diagnostizierten Urgroßmutter. In Schmechel, Cora; Dion, Fabian; Dudek, Kevin; Roßmüller; Mäks* (Hg.): Gegendiagnose. Beiträge zur radikalen Kritik an Psychologie und Psychiatrie. Münster: edition assemblage, S. 143-193.

²⁴ Schätzungen Alys zufolge »ist zumindest jeder achte heutige Deutsche oder Österreicher, der älter als 25 ist und dessen familiäre Wurzeln im ehemaligen Reichsgebiet bis 1900 zurückreichen, mit einem Menschen direkt verwandt, der zwischen 1939 und 1945 als »nutzloser Esser« ermordet wurde.« Aly 2013, S. 15.

- Hechler, Andreas (2017): Aus der Bahn geworfen. In: Blog Feministische Studien vom 16.08.2017. <https://blog.feministische-studien.de/2017/08/aus-der-bahn-geworfen/> [letzter Zugriff: 08.11.2023].
- Hechler, Andreas (i. E.): Fragmentarisches zur NS-»Euthanasie« heute. Diagnosen von Gewicht II. In: Wichera, Kim; Steinweg, Alex; Mader, Esto; Schmechel, Cora (Hg.): Gegen-diagnose III. Kollektive Krisensitzung und psy-kritische Perspektiven. Münster: edition assemblage.
- Hechler, Andreas; Schneider, Christoph (2023): Unidentifizierte Traumata. Über die Schwierigkeiten, die Folgen der NS-»Euthanasie« in den Familien zu erfassen. Sonderausgabe Psychologie und Gesellschaftskritik, 47. Jg., H. 1/2, S. 85-108.
- Knittel, Susanne C. (2009): Das Schweigen brechen: Zu einer literarischen Geschichte der NS-Euthanasie. Beitrag zum 51. Bundesweiten Gedenkstättenseminar, Juni 2009, Bad Urach. <https://www.gedenkstaettenforum.de/aktuelles/publikationen/rezensionen/details/das-schweigen-brechen-zu-einer-literarischen-geschichte-der-ns-euthanasie> [letzter Zugriff: 08.11.2023].
- Lilienthal, Georg (2008): Wie die T4-Aktion organisiert wurde. Zur Bürokratie eines Massenmordes. In: Hamm, Margret (Hg.): Lebensunwert – zerstörte Leben. Zwangssterilisation und »Euthanasie«. 3. Aufl., Frankfurt/Main: VAS-Verlag für akademische Schriften, S. 143-157.
- Maskos, Rebecca (2010): Was heißt Ableism? Überlegungen zu Behinderung und bürgerlicher Gesellschaft. In: arranca! H. 43, S. 30-33.
- Maskos, Rebecca (2021): Das Unbehagen an Behinderung. »Frauen der Unterwelt« und Kontinuitäten des Ableismus. In: Völcker, Tine Rahel (Hg.): Frauen der Unterwelt. Queerfeministische Antworten auf Psychiatriegewalt, Sexismus und Ableismus. Münster: edition assemblage, S. 105-112.
- Schneider, Christoph (2021a): Die Drohung des Gegenbilds. Über den Widerspruch in der Didaktik der NS-»Euthanasie«. In: Pädagogische Korrespondenz, H. 63, S. 5-23.
- Schneider, Christoph (2021b): Die Überlebenden der NS-»Euthanasie« ohne gesellschaftlichen Ort. Arbeitspapier (unveröffentlicht).
- Schneider, Christoph (2021c): Die In/Existenz von Überlebendenzeugnissen der NS-»Euthanasie« – Medium einer Auseinandersetzung. Vortrag auf der Tagung des Arbeitskreises zur Erforschung der NS-»Euthanasie« und Zwangssterilisation in Brandenburg am 14.11.2021.
- Waßner, Jörg (2017): Alois Zähringer. In: Gedenkort-T4.eu vom 31.01.2018. <https://www.gedenkort-t4.eu/biografien/alois-zaehringer> [letzter Zugriff: 08.11.2023].
- Westerholz, S. Michael (2011): Vergasen oder verhungern: Grausige Alternativen der Psychiatrieanstalt Mainkofen. In: haGalil vom 15.11.2011. <https://www.hagalil.com/2011/11/mainkofen/> [letzter Zugriff: 08.11.2023].
- Westermann, Stefanie (2011): Der verweigerte Blick in den Spiegel. In: Dies.; Kühl, Richard; Ohnhäuser, Tim (Hg.): NS-»Euthanasie« und Erinnerung. Vergangenheitsaufarbeitung – Gedenkformen – Betroffenenperspektiven. Berlin/Münster: LIT Verlag, S. 231-244.

Vorwort	7
Umgang mit der Geschichte der NS-»Euthanasie« und Zwangssterilisation an Lern- und Gedenkort <i>Rebecca Schwoch</i>	8
Zur Geschichte der Evangelischen Stiftung Alsterdorf: vom Ausschluss zum Einschluss <i>Michael Wunder</i>	15
I Psychiatrie im Nationalsozialismus	
Schocktherapien in der Psychiatrischen und Nervenklinik der Hansischen Universität Friedrichsberg um 1941 <i>Marta Leonora Frank</i>	26
Verlegungen begründen: Fallstudien der Hamburgischen Psychiatrischen Klinik aus dem Jahr 1941 <i>Ralph Höger</i>	40
»Krankheit: Gutachten« Spuren psychiatrischer Gutachtertätigkeiten in den Friedrichsberger Akten um 1940 <i>Ulrich Mechler</i>	64
»Meine Tochter ist ein geistig gesunder Mensch« Zur Psychiatrisierung sozialrassistisch Verfolgter im Nationalsozialismus am Beispiel Hamburgs <i>Frauke Steinhäuser</i>	87
II Erinnerung vs Vergessen in der Ukraine	
Erinnerung vs Vergessen: Die Ermordung von Patientinnen und Patienten der psychiatrischen Klinik in Poltawa während der NS-Besatzung im historischen Gedächtnis der ukrainischen Gesellschaft <i>Dmytro Tytarenko</i>	98
III Gedenkpolitische Arbeit durch Angehörige	
Trauma und transgenerationale Übertragung traumatischer Erfahrungen: der Fall Annemarie Siegfried und seine Folgen <i>Susanne Hartig</i>	108

Tradierung im Feld der NS-»Euthanasie« Probleme der gedenkpolitischen Arbeit durch Angehörige <i>Andreas Hechler</i>	116
Verhandelte Geschichte – Erinnerung als Vermittlung und Verarbeitung <i>Barbara Stellbrink-Kesy</i>	126
A Family Story <i>Itamar Wexler</i>	137
IV Lern- und Gedenkort des Medizinhistorischen Museums Hamburg	
Ein Lernort im Museum »Medizinverbrechen im Nationalsozialismus« als Herausforderung für Gestaltung und Vermittlung <i>Henrik Eßler</i>	146
Werbung für das Sterilisationsgesetz. Curt Thomallas Kampagnen im Auftrag des Propagandaministeriums <i>Philipp Osten</i>	158
Eine Bücherwand als medizinhistorische Spezialsammlung und Exponat im Lern- und Gedenkort des Medizinhistorischen Museums Hamburg <i>Rebecca Schwach</i>	180
V Berichte aus Projekten	
Buchprojekt: Das Christophsbad Göppingen. Eugenik und NS-»Euthanasie« 1933 bis 1945 <i>Daniel Hildwein und Thomas Stöckle</i>	190
Zu Zwangssterilisation und dezentraler »Euthanasie« in den v. Bodelschwingschen Anstalten. Bericht aus dem DFG-Projekt »Großbetrieb der Barmherzigkeit. Bethel 1924-1949« <i>Marion Hulverscheidt und Uwe Kaminsky</i>	201
VI Berichte aus dem Arbeitskreis Suizidassistent – ein Thema für den Arbeitskreis zur Erforschung der nationalsozialistischen »Euthanasie« und Zwangssterilisation? <i>Michael Wunder</i>	214
Autor:innen-Verzeichnis	225

Rebecca Schwoch (Hg.)

Umgang mit der Geschichte der NS-»Euthanasie« und Zwangssterilisation
Forschen – Lernen – Gedenken

1. Auflage 2023

ISBN 978-3-96605-265-8

Berichte des Arbeitskreises zur Erforschung der nationalsozialistischen
»Euthanasie« und Zwangssterilisation, Band 13

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage

© Psychiatrie Verlag, Köln 2023

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf ohne Zustimmung
des Verlags vervielfältigt, digitalisiert oder verbreitet werden.

Umschlaggestaltung: GRAFIKSCHMITZ, Köln

Satz: Psychiatrie Verlag, Köln

Druck: Zeitfracht Medien GmbH, Erfurt

Psychiatrie-Verlag im Internet: www.psychiatrie-verlag.de